

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 26. Juli 2008

118. Jahrgang Nr. 31.677

„Ich bin müde“ Kabinettschef Fernández ist zurückgetreten



Zeit abgelaufen: Alberto Fernández verläßt nach fünfeinhalb Jahren die Regierung.



Frischer Wind: Der neue Kabinettschef Sergio Massa will „arbeiten“.

Buenos Aires (AT/cal/dpa) – Massa soll frischen Wind in die Regierung bringen - das sagt er selbst. Am Donnerstagabend ist im Regierungspalast in der Hauptstadt Buenos Aires der neue Kabinettschef vereidigt worden. Der 36-jährige Sergio Massa ersetzt Alberto Fernández.

Fernández, der das Amt des Kabinettschef bereits 2003 unter Néstor Kirchner, dem Ehemann der heutigen Präsidentin Cristina Kirchner, antrat, ist wenige Tage nach der Niederlage der Regierung im Konflikt mit den Bauern des Landes zurückgetreten.

Fernández nannte „Ermüdung“ und „Machtverlust“ als Gründe für seinen Schritt. Er habe keinen Sinn mehr gesehen, in einer Regierung mitzuwirken, in welcher er nur schwer durchbringen konnte, was er für richtig halte. „In diesem Moment glaube ich aufrichtig, dass ich der Regierung nicht mehr behilflich sein kann.“ Im gleichen Atemzug lobte er das Ehepaar Kirchner für ihre Leistungen in den letzten Jahren. „Die Präsidentin ist eine Frau mit einer außerordentlichen Intelligenz und mit einer Begabung, Dinge zu sehen, die andere nicht sehen.“ Weiter stellte er klar, dass er nicht derselben Meinung ist wie viele Politiker der Opposition, dass auch andere Minister ersetzt werden sollten.

Nach monatelangen Protesten der Landwirte war in der vergangenen Woche am Donnerstag ein von der Regierung geplantes Gesetz zur Erhöhung der Exportsteuer für Getreide und Soja gescheitert. Die Stimme des Vizepräsidenten Julio Cobos war entscheidend, nachdem 36 Senatoren Ja und 35 Nein zur Gesetzesvorlage gesagt hatten. Zur Niederlage äußerte sich Cristina Kirchner bisher nicht offiziell. Lediglich in einem Treffen mit den Parlamentariern, die sie unterstützt hatten, sagte sie am Freitag vor einer Woche: „Das Problem war, dass mein

Vize gegen mich gestimmt hat.“

Seither rollten bereits einige Köpfe. Nicht bei allen Politikern, die zurückgetreten sind, ist es klar, ob sie es aus freien Stücken getan haben oder ob es ihnen nahe gelegt worden war. Am Freitag vor einer Woche reichten Alejandro Rodríguez, Unterstaatssekretär für Treibstoff, und Eduardo Moreno, Direktor für Veredelung und Vermarktung, ihre Kündigung ein. Beide waren durch den Vizepräsidenten Cobos in die Regierung gelangt.

Nur zwei Tage später, am Sonntag, trat dann auch der Unterstaatssekretär für Landwirtschaft, Javier de Urquiza, zurück. Der 58-Jährige hatte – wie viele andere Politiker auch - Probleme in der Zusammenarbeit mit dem Staatssekretär für Binnenhandel, Guillermo Moreno. Nun wird gemunkelt, dass Moreno auch schon bald „zurücktreten“ könnte. Zumindest schreien immer mehr Stimmen danach. Moreno hat oft über die Köpfe seiner Vorgesetzten hinweg Entscheidungen getroffen. Dies tat er etwa auch unter Ex-Wirtschaftsminister Martín Lousteau, mit welchem es dann sogar in der Öffentlichkeit zu Streitigkeiten gekommen war. Lousteau warf schließlich das Handtuch hin.

Am Mittwoch trat der neue Unterstaatssekretär für Landwirtschaft sein Amt an. Der 53-jährige Agraringenieur Carlos Cheppi soll ein Experte in politischen Angelegenheiten für Kleinproduzenten sein. Seit 2003 war er Präsident des Instituts für Technologie und Landwirtschaft (INTA).

Und nun der Rücktritt des Kabinettschefs: Nur wenige Stunden nach seiner Bekanntgabe ernannte Cristina Kirchner Massa zu seinem Nachfolger. Er war bisher Bürgermeister von Tigre, einem bedeutenden Vorort der Hauptstadt Buenos Aires. Zuvor hatte er sich als Direktor der staatlichen Sozialversicherungen einen Namen gemacht. Er hatte sie vorbildlich geführt. „Ich bin sehr stolz und erfreut über diese Ernennung“, sagte Massa am Donnerstag in Buenos Aires. Er wisse, dass er nun eine große Verantwortung übernehme. Massa ist dafür bekannt, immer offen für einen Dialog zu sein, um Lösungen zu finden.

Gleich nach der Vereidigung kam es zu seiner ersten Amtshandlung. Gemeinsam mit dem Planungsminister Julio de Vido und dem Staatssekretär für Transport, Ricardo Jaime, stellte er eine Gesetzesvorlage zur Verstaatlichung von Aerolíneas Argentinas vor. Die krisengeschüttelte Luftfahrtgesellschaft wird 18 Jahre nach der Privatisierung von dem privaten Mehrheitseigentümer, der spanischen Gruppe Marsans, zurückgekauft. Der Kongress muss den Gesetzesentwurf noch absegnen.

CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

„Heldenhafte Soldaten verurteilt“

Lebenslängliche Haft für Menéndez und vier weitere Militärs

Buenos Aires (AT/cal/dpa) – Der berüchtigte General Luciano Benjamín Menéndez ist 31 Jahre nach den Verbrechen während der letzten Militärdiktatur (1976-83) zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Der heute 81-Jährige sei schuld an der Entführung, Folterung und Ermordung von vier Regimegegner im Jahre 1977, begründeten die Richter ihr Urteil in Córdoba, der zweitgrößten Stadt des Landes.

Von sieben mitangeklagten früheren Militärs und Polizisten erhielten vier ebenfalls lebenslänglich. Die übrigen drei Angeklagten wurden zu Haftstrafen zwischen 18 und 22 Jahren verurteilt.

Menéndez machte auch vor der Urteilsverkündung am Donnerstag, wie zu Beginn des Prozesses im Mai, davon Gebrauch, sich vor Gericht zu äußern. Und er zeigte sich uneinsichtig. In seinem Schlusswort verteidigte er wiederum das Vorgehen der Militärs während der 70er und 80er Jahre. „Die Terroristen haben die Demokratie nicht verteidigt“, sagte der General anklagend. Es sei empörend, dass „heldenhafte Soldaten, die gegen die marxistische Guerilla gekämpft haben, verurteilt werden.“ Damals habe ein Krieg zwischen dem Staat und den linksgerichteten Organisationen, wie die ERP und die Montoneros, geherrscht. „Die subversiven Verbrecher vergossen über zehn Jahre lang Blut in unserem Land, brachten etwa 1500 Menschen um“, so Menéndez. Und überhaupt, sagte der Weisshaarige, früher hätten die Terroristen in der Illegalität gelebt, „heute sind sie an der Macht“. Er warf der aktuellen Regierung der peronistischen Präsidentin Cristina Kirchner vor, sie bestehe aus den „Terroristen“ der damaligen Zeit.



Uneinsichtig: General Luciano Benjamín Menéndez (rechts) auf der Anklagebank.

Familienangehörige der Gefolterten und Ermordeten verfolgten die Worte des Generals außerhalb des Gerichtssaales auf Großleinwänden. Vielen von ihnen kamen die Tränen. Im Saal beschimpften einige Zuhörer den Angeklagten und wurden schließlich vom Richter aus dem Gericht verwiesen.

Die Angehörige der Opfer und Menschenrechtler feierten die Urteile von Córdoba und hoben hervor, dass Menéndez und die anderen Verurteilten ihre Strafen in normalen Gefängnissen absitzen müssten. Unter Alfonsín waren Militärs in Sondergefängnissen mit Tennisplätzen und anderen Annehmlichkeiten inhaftiert worden. Altersbedingt hätte Menéndez mit Hausarrest rechnen können.

Menéndez war von 1975 bis 1979 Kommandeur des 3. Heereskorps in der Provinz Córdoba und ist damit

der ranghöchste Militär, der seit dem historischen Prozess gegen die Juntageneräle 1986 wegen Diktaturverbrechen in Argentinien verurteilt wurde. Unter Menéndez' Leitung war unter anderem das berüchtigte Geheimgefängnis La Perla, wo er regelmäßig ein- und ausging. Rund 2300 Personen wurden dort während der Jahre des Staatsterrorismus illegal festgehalten und gefoltert. Nur 17 überlebten. Neun von ihnen sagten in diesem Prozess gegen die Angeklagten aus.

Der Prozess in Córdoba war erst möglich geworden, weil der frühere Präsident Néstor Kirchner (2003-2007) dafür gesorgt hatte, dass die von dem ersten Präsidenten nach der Diktatur, Raúl Alfonsín, erlassenen Amnestiegesetze wieder aufgehoben wurden. Insgesamt brachten die Militärs und ihre Handlanger während der Diktaturjahre nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen 30.000 Menschen um.

WOCHENÜBERSICHT

Buenos Aires ist eine „unsichere Stadt“

Die Hauptstadt Buenos Aires ist weniger sicher als Asunción in Paraguay oder Lima in Peru. Das geht aus einer Studie hervor, die das internationale Unternehmen Mercer durchgeführt hat. Die argentinische Metropole ist aber sicherer als Rio de Janeiro und São Paulo in Brasilien. Mercer hat für diese Auswertung weltweit 215 Städte genauer unter die Lupe genommen. Dabei wurden unter anderem das politische, wirtschaftliche und soziale Umfeld der Großstädte analysiert. Argentinien belegt im Ranking den 134. Platz. An erster Stelle glänzt Luxemburg und an letzter steht Bagdad. Die Stadtregierung von Buenos Aires zeigte sich unzufrieden über diese Erhebung. Kulturminister und Leiter des Amtes für Tourismus von Buenos Aires, Hernán Lombardi, sagte, seine Umfragen hätten andere Resultate erbracht. Die Touristen würden die Stadt

nicht weniger sicher empfinden als andere Metropolen, und am meisten störe ihnen der Schmutz auf den Straßen.

Rehabilitationszentrum für Sexsklavinnen

Junge Frauen, die eingesperrt und zur Prostitution gezwungen werden, haben in Argentinien künftig eine Anlaufstelle, wo sie sich nach den monatelangen, zum Teil jahrelangen Qualen erholen können. Susana Trimarco, die Mutter der im Jahr 2002 entführten Marita Verón und Initiatorin der Anlaufstelle, weihte am Freitag das Haus für die Opfer der Sexsklaverei in der Stadt Tucumán ein. Seit 2007 sind mindestens 605 junge Frauen verschwunden und zur Prostitution gezwungen worden. Viele von ihnen werden während ihrer „Gefangenschaft“ mit Drogen vollgepumpt. Wenn sie erschaffen, aus den Fängen des Zuhälternetzes zu entkommen, sind viele süchtig, unter anderem nach

Kokain. Deren Familien sind oft mit dieser Situation überfordert.

38 Tote erhalten immer noch Lohn

Stadtregierungschef von Buenos Aires, Mauricio Macri, hat die ersten Resultate der Erhebung von rund 90.000 Angestellten in seiner Regierung bekannt gegeben. Bei zirka 3000 Personen wurden Unregelmäßigkeiten entdeckt, sagte er bei einer Pressekonferenz am letzten Montag. 165 dieser Angestellten seien bereits pensioniert und 38 nicht mehr am Leben, dennoch erhalten sie alle jeden Monat den Lohn ausbezahlt. Als Unternehmer Macri letzten Dezember sein Amt als Stadtregierungschef antrat, versprach er, in der Regierung aufzuräumen und unter anderem Stadtangestellte, die kaum oder nicht arbeiten, auszusondieren. Die Erhebung startete Anfang März.

Ausbau der U-Bahnlinie E geht voran

Um das unerträgliche Verkehrschaos in der Stadt Buenos Aires zu

entlasten, sollen auch verschiedene U-Bahnlinien (subte) ausgebaut werden. Nun konkretisiert sich die Verlängerung der Subte E. Bisher verlief diese Linie lediglich von der Plaza de los Virreyes im Westen der Metropole bis zur Haltestelle Bolívar bei der Plaza de Mayo im Stadtzentrum. Neu soll sie bis zum nördlichen Hauptbahnhof Retiro fahren. Das mit dem Ausbau beauftragte Unternehmen hat vor wenigen Tagen mit den Vorabklärungen der Tunnelausgrabung begonnen. Die Kosten des rund 2300 Meter langen unterirdischen Ganges belaufen sich auf rund 347 Millionen Pesos. In etwas mehr als drei Jahren könnte die neue Teilstrecke in Betrieb genommen werden.

Gedenkfeier 14 Jahre nach AMIA-Attentat

Einmal mehr wurde die Straße Pasteur in der Stadt Buenos Aires am 18. Juli gesperrt und zahlreiche Menschen mit Bildern von ihren Familienangehörigen versammelten sich vor der AMIA. Es

ist der 14. Jahrestag des Attentates auf das jüdisch-argentinische Gemeindezentrum. Im Jahr 1994 riss eine Autobombe 85 Menschen in den Tod. Seither fordert die jüdische Gemeinschaft Gerechtigkeit. Sie verlangen, dass die Regierung die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Iran abbrechen. Die Justiz von Argentinien kam nach ausgiebigen Ermittlungen zum Schluss, dass der iranische Ex-Präsident Ali Akbar Haschemi und sieben weitere ehemalige iranische Politiker verantwortlich für das Attentat sind. Letztes Jahr erließ Interpol internationale Haftbefehle gegen sechs von ihnen.

Medaillen in Mathematik für Argentinien

Eine Silber- und drei Bronze-

Medaillen brachten die sechs jungen Argentinier mit nach Hause. Die gescheiterten Köpfe nahmen vergangene Woche am Mittwoch und am Donnerstag an der internationalen 49. Mathematik-Olympiade in der spanischen Hauptstadt Madrid teil. Sie wetteiferten gegen 521 andere Sekundarschüler aus 120 Ländern. Alle Teilnehmer erhielten pro Tag drei mathematische Aufgaben, die sie innerhalb von viereinhalb Stunden zu lösen hatten oder deren Lösung sie sich zumindest annähern sollten. Am besten abgeschnitten sind zwei Schüler aus China und einer aus den USA, die in allen Mathematikaufgaben die maximale Punktzahl erreicht hatten. Im Jahr 2012 wird die 50. Olympiade in Argentinien stattfinden.

(AT/cal)

Verfassungswidrige Exportzölle

Nach der Ablehnung der Ratifikation des Dekretes über die beweglichen Exportzölle durch den Senat gegen Ende der Vorwoche, wurde der Ministerialbeschluss Nr. 125 am nächsten Tag außer Kraft gesetzt. Im Amtsblatt wurde das betreffende Dekret und der neue Ministerialbeschluss des schweigsamen Wirtschaftsministers Carlos Fernández verkündet, womit die vorherigen Exportzölle auf Sojabohnen von 35 Prozent, Sonnenblumen von 32 Prozent, Weizen und Mais von je 28 Prozent wieder hergestellt wurden. Der während 130 Tagen von den Landwirten heiß umkämpfte Ministerialbeschluss Nr. 125 war damit vom Tisch, obwohl die Präsidentin in den Begründungen ihres Rückzug-Dekretes Zeter und Mordio gegen die rebellierenden Landwirte verzapfte und sich hütete, den Beschluss formell aufzuheben, indem der Wirtschaftsminister nur angewiesen wurde, jene Exportzölle einzuschränken (Spanisch "limitar"). Was mit diesem eigenartigen Wortspiel bezweckt wurde, bleibt unerfindlich. Die Einschränkung bezieht sich offenbar auf die Sätze der Exportzölle, für die jetzt wieder die vorherigen Ministerialbeschlüsse vom 7. November 2007 gelten.

Was aber nach dieser Regierungsschlappe im Senat keinesfalls vom Tisch ist, das betrifft die Verfassungswidrigkeit der von der Exekutive, lies dem Wirtschaftsminister im Auftrag der Präsidentin, erlassenen Exportzölle. Die Präsidentin Cristina Kirchner hatte nach längerem Zaudern Mitte Juni die Zweifel über diese Verfassungswidrigkeit bzw. -konformität der Exportzölle unterschwellig zugestanden, als sie den umstrittenen Ministerialbeschluss dem Kongress zuleitete, wo die Deputiertenkammer bekanntlich mit knapp 129 gegen 122 Stimmen tat, was die Exekutive von ihr verlangt hatte, wogegen der Senat im Patt von je 36 Stimmen mit der Nein-Stimme des Vizepräsidenten Julio Cobos das Gesetzesprojekt verwarf. Die Deputiertenkammer hätte mit zwei Drittel der Stimmen das Gesetz retten können, konnte aber nach einer knappen Abstimmung keinesfalls zwei Drittel aufbringen, was nicht einmal versucht wurde. Die Regierung beugte sich schließlich vor der Volksmeinung, die deutlich gegen den Ministerialbeschluss eingestellt war.

Indessen hat die Regierung bestätigt, dass sie weiterhin wie bisher selber entscheidet, welche Exportzölle für jedes Produkt gelten. Das betrifft nicht nur Agrarprodukte und ihre Verarbeitungen, sondern auch Industriewaren, Erdöl und Mineralien. Laut nationaler Verfassung steht es dem Kongress zu, Import- und Exportzölle zu erlassen, die laut Paragraph 75, erster Absatz der Verfassung einheitlich im ganzen Land sein müssen, ebenso wie ihre Bewertungen. Die Exekutive darf laut Paragraph 99, 3. Absatz, unter keinen Umständen derartige gesetzliche Ver-

fügungen erlassen. Auch dringliche Notstandsdekrete, die im gleichen Paragraphen unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sind, dürfen keinesfalls für Steuern erlassen werden.

Import- und Exportzölle sind Steuern. Sie wurden von der spanischen Kolonialverwaltung geerbt. Importzölle hat es ohne Unterbrechungen immer gegeben, Exportzölle nicht immer. Zuletzt wurden sie nach der brutalen Abwertung von Anfang 2002 wieder eingeführt und seither mehrmals angehoben, bis den Landwirten nach dem Ministerialbeschluss vom 11. März 2008 der Kragen platzte und sie die Regierung auf die Knie zwangen.

Mit der Rückführung der Exportzölle auf den Stand vom 7. November 2007 behauptet die Exekutive, dass sie wie vorher die Zölle nach Belieben selber bestimmen darf, weil der Zollkodex von 1981 ihr diese Vollmacht abgetreten hat. Die Zweifel hierüber, die die Präsidentin bezwungen hatte, den strittigen Ministerialbeschluss dem Kongress zur Ratifizierung zu unterbreiten, sind offenbar verfliegen.

Indessen muss sich gelegentlich hierüber der Oberste Gerichtshof äußern. Zahlreiche Schutzrekurse waren unter Landwirten in Vorbereitung, bevor der Senat der Ratifizierung den Garaus bereitete. Vorherige Schutzrekurse werden bereits vor Gericht behandelt. Nach den üblichen Berufungen wird der Oberste Gerichtshof gefordert werden, um Stellung zu beziehen, ob die Zölle nur vom Kongress erlassen werden dürfen oder ob die Delegation an die Exekutive rechtens ist.

Hinzu kommt das andere Verfassungsproblem, dass nämlich innerhalb des Mercosur laut Vertrag von Asunción von 1991 Export- und Importzölle im Rahmen der Zollunion verboten sind. Das gilt längst für fast alle Importzölle, wogegen Argentinien Exportzölle auch bei Ausfuhr in die Nachbarländer erhebt, gegen die vor allem die Regierung Uruguays Protest erhoben hat, ebenso wie sie die Regierung Brasiliens moniert. Der Vertrag von Asunción hat Verfassungscharakter und steht rechtlich über den Gesetzen des Kongresses und den Dekreten und Ministerialbeschlüssen der Exekutive.

Mit 35 Prozent Höchstzoll für Sojabohnen dürfte das Thema Konfiskation vom Tisch sein, das die Landwirte ebenfalls vortragen, nachdem die beweglichen Zölle bei steigenden Preisen über 40 Prozent betragen. Der Oberste Gerichtshof hat schon in den dreißiger Jahren die Marke 33 Prozent als höchste Grenze für Einkommens- und Vermögenssteuern bestimmt. Darüber hinaus gilt Eigentumskonfiskation, die verfassungswidrig ist. Zwei Prozentpunkte Differenz dürften kaum einen Prozess lohnen.

Der Kongress sollte künftig darauf bestehen, dass die Gesetzeshoheit für Import- und Exportzölle bei ihm liegt und selber handeln, solange die Exekutive sich anmaßt, die Zölle nach Gutdünken zu erlassen. Das würde die Rechtsstaatlichkeit in Argentinien stärken, was bitter Not tut.

Kühe muhen in Palermo

Buenos Aires (AT/cal) – Im Stadtteil Palermo muhen bis am 5. August wieder Hunderte von Kühen. Die größte und bedeutendste Landwirtschaftsausstellung Argentinien, die Rural, hat am Donnerstag in der Stadt Buenos Aires ihre Tore geöffnet. Erstmals seit 1875 nahm kein einziger Politiker der nationalen Regierung an der Eröffnungsfeier teil. Umso mehr dankte der Präsident der Agrarvereinigung (SRA), Luciano Miguens, dem Stadtregierungschef von Buenos Aires, Mauricio Macri, für seine Anwesenheit.

Die Organisatoren erwarten in diesen zwei Wochen mehr Besucher als im Vorjahr. 2007 hatten 1,1 Millionen Menschen die Tiere, landwirtschaftlichen Maschinen und Produkte bestaunt. Die Ausstellung findet auf 45.000 Quadratmeter statt. Rund 4000 Tiere werden vorgeführt und an etwa 600 Stände Ware angeworben.

Miguens lud Präsidentin Cristina Kirchner und den neuen Unterstaatssekretär für Landwirtschaft, Carlos Cheppi, in seiner Rede dazu ein, die Ausstellung zu besuchen. „Wir sind bereit, Lösungen mit der Präsidentin zu finden“, sagte er. Dabei bezog er sich auf die immer noch angespannte Beziehung zwischen dem Agrarsektor und der Regierung nach dem Streit um die Erhöhung der Exportsteuern auf Soja und Sonnenblumenerzeugnisse.

Randglossen

Vizepräsident Julio Cobos ver-schrieb sich eine mehrtägige Ruhepause in den Bergen, nachdem er als eine Folge seiner Nein-stimme im Senat plötzlich zum Volkshelden avanciert war. Die Exe-kutive verweigerte ihm die Benützung des Präsidentenflugzeugs, so dass er im Automobil elfhundert Kilometer bis Mendoza zurück-legte und überall, wo er hielt, feierlich begrüßt wurde. In der tradi-tionellen Landwirtschaftsausstellung von Palermo wurde der erste Stier mit Cleto, dem dritten Vornamen des Vizepräsidenten, getauft. Mehrere Vertrauensleute des Vizepräsidenten, die er in die Regie-rung eingeschleust hatte, wurden umgehend vom Planungsmini-ster Julio De Vido entlassen, während angeblich ein Mitarbeiter der gleichen Ministers sich bemüht, Prozesse gegen den vorherigen Gouverneur Cobos zu beschleunigen. Eine Niederlage ist bitter, Rache offenbar süß.

Kabinettschef Alberto Fernandez, der engste Vertrauensmann von Néstor Kirchner, ist zurückgetreten. Schon als dieser Gouverneur war, hat er sich stets um Kirchners Angelegenheiten in Buenos Aires gekümmert, schon als er zur Zeit von Cavallo Vorsitzender der Versiche-rungsbehörde war. Angeblich hat er aus eigener Initiative gehandelt, also nicht weil Cristina oder Néstor seinen Rücktritt gefordert hätten. War er amtsüde? Oder hat dieser Rücktritt einen tieferen politischen Sinn, etwa eine grössere Unabhängigkeit von Cristina gegenüber ihrem Gatten? Als Nachfolger wurde Sergio Massa ernannt, seit letztem Jahr Bürgermeister von Tigre und vorher mehrere Jahre Verwalter des Ren-tenamtes ANSeS, wo seine Leistung allgemein anerkannt wird. Es ging dabei jedoch nur um sorgfältige Verwaltung. Jetzt übernimmt er ein Amt, in dem es vorwiegend um Politik geht. Ob er mit seinen 36 Jahren reif dafür ist wird sich noch zeigen.

AUSFLÜGE UND REISEN

Fliegen - gestern und heute



Ein Latécoere der Aeropostal, Post und Passagiere.

Argentinien mit seiner unendlichen Weite und seinen gewaltigen Dis-tanzen war von Anfang an für den Flugverkehr prädestiniert. Vor ge-nau 100 Jahren, 1908, wurde der Aéro Club Argentino gegründet und es begannen die Ballonflüge mit den Brüdern Newbery, Aaron de An-chorena und anderen, die freilich ausgesprochen sportlichen Charakter hatten. Erst 1910 sahen die Porteños den ersten echten Aeroplan über der Stadt: den Blériot XI des Italieners Bartolomé Cattáneo.

Von da ab ging es sozusagen Schlag auf Schlag, denn die Mög-lichkeiten für die Fliegerei waren schier unermesslich: Flugverbindung zwischen den Städten, die Querung der Anden, die Eroberung Patago-niens, wo es praktisch keine Eisenbahnen gab, und schließlich auch bedeutende Leistungen in der Antarktis. Aerolíneas Argentinas war es schließlich auch, die 1959 mit dem De Havilland Comet IV die Ära des Jets auf dem Südatlantik einläutete und 1961 mit Präsident Frondizi an Bord als erste mit einem Verkehrsjet einen Flug um die Welt durchführ-te. Ein weiteres Kapitel war dann der Malwinenkrieg. Die argentinische Flugzeugindustrie war zudem in Südamerika zeitweise führend.



Der Blériot, mit dem sein Konstrukteur den Ärmelkanal querte.

Jahrelang waren viele historische Flugzeugtypen an der Avenida Co-stanera Norte beim Aeroparque Jorge Newbery ausgestellt. Als aber vor etwa fünf Jahren die 6. Flugbrigade von Morón verlegt wurde und das große Areal frei blieb, beschloss man, das Museo Nacional de Aeronáutica an diesen Standort zu verlegen. Das Museum ist muster-gültig organisiert und lohnt einen Besuch, der Eintritt ist frei.

Die Flieger sind sowohl unter freiem Himmel ausgestellt, als auch teilweise in den großen Hangars verwahrt. Ein Rundgang gibt einen guten Überblick über die Geschichte der Fliegerei.

Auf der Plattform findet man neben verschiedenen Flugzeugtypen einen viermotorigen Lancaster-Bomber aus dem 2. Weltkrieg sowie eine dreimotorige Ju 52, die in der Zwischenkriegszeit eine wichtige Rolle in der südamerikanischen Verkehrsfluffahrt spielte.

In den Hangars kann man sodann die Geschichte der Luftfahrt vom Anbeginn miterleben. So sieht man einen naturgetreuen Nachbau jenes Draht- und Stoffspielzeugs, mit dem Louis Blériot 1909 den Ärmelka-nal überquerte. Ein französischer Latécoere der Aeropostale ist zu se-hen, denn Franzosen, Deutsche, Engländer und Nordamerikaner waren Pioniere auf dem Gebiet des Flugverkehrs in Argentinien. Desgleichen sind mehrere Maschinen sowie Ausrüstungsgegenstände zu sehen, die Argentinien bei der Eroberung der Antarktis einsetzte.

Ferner die ganze Kriegsfliegerei, von den Pulqui I und II bis zu den nordamerikanischen Jagdfliegern, die Argentinien beim Malwinenkrieg einsetzte. Für die Jugend ein Augenschmaus. Auch mehrere Nurflügler der Gebrüder Horten sind original erhalten geblieben, ferner ist ein Nachbau des berühmten Segelflugzeugs Grunau Baby III präsent.

Im letzten Hangar, den man erreicht, wird der Besucher von einer naturgetreuen Nachbildung des Wright Flyer von 1903 überrascht, mit dem der erste motorgetriebene Luftsprung gelang. Hier lag der Pilot auf dem Bauch, das Höhenruder vorne statt am Heck wie heutzutage.

Neben mehreren Sonderschauen, so die Modellfliegerei und Phila-telie, wird auch die Story von My-riam Stefford geschildert, jene Flugpionierin, die mit ihrem deut-schen Monteur Luis Fuchs beim Versuch, Argentinien mit einem Flugzeug, Chingolo genannt, zu umrunden, 1931 in San Juan töd-lich verunglückte. Myriam Stefford war der Künstlernamen der österrei-chischen, in der Schweiz gebore-nen UFA Schauspielerin Rosa Mar-tha Rossi Hoffmann - eine nahezu vergessene Fliegertragödie.

Zum Museo Nacional de Ae-ronáutica gelangt man am besten über den Acceso Oeste, Abzwei-gung Morón, und dann südwärts bis zur Avenida Eva Perón 2200. Ge-öffnet ist es dienstags bis freitags von 9 bis 13 Uhr, samstags, sonntags und feiertags von 10 bis 18 Uhr.

Marlú

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.



Flyer
Lufthansa
City Center

(Zona Norte)

Leg. 213 Res.0447

Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

AUTO UND MOTOR

Argentiniens Autobahnen heute

Die Avenida General Paz, 1941 mit einem Radrennen eröffnet, weil total verkehrsfrei, 24 Kilometer lang, war die erste echte Autobahn Argentiniens: vierspurig, mit Mittelstreifen, weitgehend kreuzungsfrei.

An Autobahnen über längere Strecken war allerdings zunächst nicht zu denken, da die Eisenbahnen ohnehin noch gut funktionierten und der Personen- und Güterverkehr sich eben weitgehend auf der Schiene abwickelte.

1947/48 entstand dann die Autopista Ricchieri (15 km lang) zum Flughafen Ezeiza. In den 50ern wurde sodann die nördliche Ausfallstraße (genannt Panamericana) bis Martínez gebaut, um in den 60ern sukzessive bis Campana verlängert zu werden.

Kurze Zeit darauf schuf man die Autobahn Rosario - Santa Fe, zunächst für Maut vorgesehen, in der Praxis aber gebührenfrei, und erst vor 15 Jahren mit Peaje (spanisch, von pedaje - per pedes, Brückenmaut zu Fuß) belegt. Nach und nach entstanden weitere vierspurige Autostraßen, meist jedoch als Zugangswege zu Großstädten. Im Fußball-WM-Jahr 1978 wurde die Ruta 9 von Buenos Aires über San Nicolás bis Rosario gleichfalls auf vier Spuren erweitert (Autopista Teni-



Diese beleuchtete Autobahn durchquert heute die Provinz San Luis.

ente General Aramburu). Es folgten die Ringstraße um San Juan, in Buenos Aires die Accesos Oeste nach Luján und Sud nach La Plata, dann die stadinternen Lugones-Cantilo, 1980 die Hochbahn Veinticinco de Mayo (AU 1) und ferner der Buen Ayre. Zeitgleich entstand in Córdoba auch die Autopista de Montaña („De los Comechingones“) von Carlos Paz nach Mina Clavero, allerdings nur zwei- bis dreispurig, dann die Autovía 2 von Buenos Aires nach Mar del Plata.

Der jüngste Fortschritt ist die Autopista Serranías Puntanas, welche die ganze Provinz San Luis vierspurig und beleuchtet durchquert. Im Entstehen ist nun auch die Autobahn Rosario - Córdoba. Vielerorts gibt es gleichfalls wichtige vierbahnige Stadtzufahrten, so in Mendoza, La Rioja und anderswo.

Ende 2005 besaß Argentinien 1315 Kilometer vierspurige Autostraßen. Das sind rund drei Prozent des gesamten bundesweiten Straßennetzes von knapp 40.000 Kilometern. Diese vierspurigen Bahnen mit Mittelstreifen sind im Gegensatz zu den zweiseitigen Belagstraßen extrem sicher, lediglich Nebelbildung kann zu Unfällen führen, Frontalkollisionen sind jedoch praktisch ausgeschlossen.

Maestro der Maestros

Ljerko Spiller wurde 100 Jahre alt
Von Marion Kaufmann

Buenos Aires (AT) - Ljerko Spiller wurde 1908 in Crikvenos am Adriatischen Meer - damals Österreich-Ungarische Monarchie - geboren. Er hat seit seinem zehnten Lebensjahr Geige gespielt und schon mit 17 die erste Tournee unternommen. 1928 sagte ihm in Berlin sein Violinlehrer Flesch, er habe das 17. Capriccio von Paganini nicht mit den von ihm in seinem Buch angegebenen Fingersätzen gespielt, und außerdem spiele er zu temperiert. Spiller hatte ein reines Gewissen wegen der Fingersätze, aber er traute sich nicht zu fragen, was das Wort temperiert bedeutete. Er kannte das Buch nicht. Erst in Paris, wo er sein Musikstudium an der École Normale de Musique fortsetzte, wurde er von Casals darüber aufgeklärt, von dem er auch sagte, dass er ihm die Verfeinerung seines Ohres verdanke. Dort hat er bei Corot, Casals und Thibaut gelernt. Mit diesen Großen der Musik, wie auch mit Ravel und Prokofjew, deren Kompositionen einzuspielen, war für Spiller „ein köstliches, tägliches Brot“. 1930 stieg er an der École vom Stipendiaten zum Lehrer auf; das war etwas ganz Besonderes, denn er war immerhin erst 21 Jahre alt und zudem noch Ausländer.

Einer seiner Schüler war Spillers erster Kontakt mit Argentinien. Der Schüler ging zurück in seine Heimat und drängte seinen Lehrer, dort auf Tournee zu gehen. So kam der junge Musiker im Juli 1935 auf einem belgischen Frachtdampfer nach Buenos Aires, um fünf Konzerte zu geben: drei im Teatro Opera, eins in der Sociedad Wagneriana und eins im Círculo de Rosario. Ein Mitreisender auf dem Schiff hatte ein spöttisches Gesicht gemacht, als Spiller vom Teatro Opera sprach, und als er ihn danach fragte, sagte er nur: „Sie werden ja



sehen!“ Im Hafen erwartete ihn der Schüler und erzählte, man habe gerade das Teatro Opera abgerissen und baue jetzt ein großes Kino. Und die anderen zwei Konzerte? Nun, sagte der Schüler, da habe er nicht vorgesorgt, weil für jemanden, der drei Konzerte im Teatro Opera gäbe, alles Übrige von selbst laufe. Das war Spillers erste Begegnung mit argentinischer Planung.

In Buenos Aires lernte Spiller bei Juan José Castro viele Musikliebhaber kennen. Ein Verlagshaus engagierte ihn als Konzertmeister für sein gerade gegründetes 80 Mann-Orchester. Er wurde auch als Solist bekannt; 1935 spielte er bei der Einweihung von Radio El Mundo.

Spiller beobachtete die Vorgänge in Europa und beschloss 1935, definitiv in Argentinien zu bleiben. Seine Freunde hielten ihn für verrückt, aber es war Klarsicht, die ihn vor dem kommenden Unheil warnte.

1937 kam es zum Bruch mit Radio el Mundo, weil Spiller „zu europäisch und seine Musik zu ernst“ sei. Als Stehgeiger spielte er dann im Café Richmond, zwei Stunden täglich für 180 Pesos im Monat - nachdem er vorher ein anderes Angebot für 1000 Pesos im Frack, um täglich Kreisler-The-

men zu spielen, abgelehnt hatte: „Ich spiele nicht im Lokal!“

Später war er Konzertmeister in der „Sociedad Filarmónica“ von Juan José Castro, künstlerischer Leiter von Amigos de la Música, Dirigent und Talentsucher beim ersten Frauenorchester Argentiniens, das allerdings nur ein Jahr bestand. Spiller gründete das Kammerorchester Spiller und war Mitgründer des Collegium Musicum.

Das Musikleben und insbesondere die Musikerziehung Argentinien-

ens wurden von Ljerko Spiller nachhaltig geprägt. 17 Jahre lehrte er an der Universität von La Plata, während die Zahl seiner Privatschüler ständig wuchs. Seine Schüler sagen von ihm, er sei der beste Violinlehrer, aber auch der schwierigste. Manche Schüler verlassen ihn, kehren aber dann eines Tages wieder zurück, „weil er der Beste ist“. Mit der Zeit hat sich seine Strenge gemildert. Viele seiner Schüler wirken auch in Deutschland als Konzertmeister oder Lehrer.

Natürlich wurde auch er von der politischen Lage betroffen: Unter Perón verließ er Radio el Mundo, weil ein Militär die Leitung übernommen hatte und 1973 wurde er, unter Cámpora, von der Universität in La Plata entlassen. Seine Schüler haben gegen die Entlassung protestiert, die dann von den Behörden widerrufen wurde, aber Spiller war nicht mehr an dem Posten interessiert.

Spiller ist ein großer Bewunderer von Hindemith, den er als den „vollkommensten Musiker der ersten Hälfte des (vorigen) Jahrhunderts“ ansieht. Hindemith hat bei Amigos de la Música vier Konzerte ge-

ben. Vom ihm erzählt man sich, dass er seine proben- und konzertfreie Zeit am liebsten mit Busfahren verbrachte, und die Nummern und Strecken aller Linien auswendig wusste.

Wenn man Ljerko Spiller heute mit Schülern und ehemaligen Schülern sieht, spürt man die Verehrung, die Bewunderung und die Achtung, die ihm entgegengebracht wird.

Nun hat Spiller, der „Maestro de Maestros“, seinen Hundertsten gefeiert. Die große Feier, die man geplant hatte, musste aber abgesagt werden, und der Tag wurde nur im Familienkreis begangen. Zu dem - das sollte auch gesagt werden - zwei weitere namhafte Musiker gehören: die Söhne Andrés, Oboist und Dirigent in Buenos Aires, und Antonio, Konzertmeister am Orchester des Bayerischen Rundfunks.

(Dieser Text basiert auf einem Bericht, den Frau Anna-Margareta Peters, ehemalige Kulturreferentin an der Deutschen Botschaft in Buenos Aires, 1984 verfasst hat.)

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der Dollarkurs schloss letzte Woche zu \$ 3,04, um 4,10% unter Ende 2007. Der Rofex-Terminkurs schloss zum 30.9.08 zu \$ 3,045, zum 1.12.08 zu \$ 3,083, zum 2.1.09 zu \$ 3,1020 und zum 31.3.09 zu \$ 3,1620. ***

Die ZB-Reserven betragen zum 11.7.08 u\$ 47,60 Mrd., um 0,83% unter dem Stand vor 30 Tagen und um 3,09% über Ende 2007. Der Notenumlauf lag mit \$ 76,65 Mrd. um 3,63% über dem Stand vor 30 Tagen und um 10,16% unter Ende 2007. ***

Die gesamten Depositen des Bankensystems betragen zum 11.7.08 \$ 207,47 Mrd., um 1,33% mehr als vor 30 Tagen und um 8,39% mehr als vor Ende 2007. Im Laufe dieses Jahres nahmen Fristdepositen um 16,89% zu, wobei Depositen auf bis zu 59 Tagen um 5,39% abnahmen, aber auf bis zu 89 Tage um 34,51% stiegen, auf 179 Tage um 43,30%, und auf 365 Tage um 86,82%. Depositen auf über 366 Tage nahmen um 31,59% ab. Die Banken waren mit ihrer Politik der höheren Zinsen für grosse Fristdepositen auf über 59 Tage erfolgreich, wobei der niedrige Terminkurs dazu führte, dass Dollarguthaben in Pesos umgewechselt und bei Banken angelegt, und auf Termin wieder gekauft wurden, so dass sich ein relativ hoher Zinssatz in Dollar ergab. ***

Der Merval-Aktienindex lag am Donnerstag um 0,45% über der Vorwoche, jedoch um 9,77% unter Ende Juni und um 11,61% unter Ende 2007. ***

Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurden an der Börse von Buenos Aires letzte Woche zu 13,19% gehandelt (Vorwoche: 14,25%), auf 60 Tage zu 13,95% (15,16%), auf 90 Tage zu 14,19% (16,65%), auf 120 Tage zu 15,4% (17,19%), auf 180 Tage zu 17,32% (18,61%) und auf über 180 Tage zu 19,22% (22,37%). Die Zinsen sind allgemein auf diesem sehr sensiblen Markt zurückgegangen. ***

Der Goldpreis betrug in Buenos Aires bei 18 Karat \$ 58,92 pro Gramm (Vorwoche: \$ 61,99) und bei 24 Karat \$ 96,40 (101,10). ***

Der Rindfleischpreis schloss letzte Woche auf dem Markt von Liniers für Ochsen zwischen 431 und 490 kg unverändert zu \$ 3 pro kg. Lebendgewicht, und bei schweren Ochsen auch unverändert von 491 bis 520 kg zu \$ 2,45 bis \$ 2,80. ***

Die Firma Dolbi, die im Industriepark der Provinz Formosa errichtet wurde, wird an China hundert Erntemaschinen des Typs Javiyú im Wert von u\$ 3 Mio. exportieren. Dies wurde im Zuge einer Verhandlung beschlossen, als in den letzten Tagen eine Delegation chinesischer Beamter die Provinz besuchte, um den Einsatz der Geräte bei der Ernte von Baumwolle zu begutachten. Die Exporte werden im August stattfinden. ***

Die Menge der eingeleiteten Gerichtsverfahren über die Mobilität der Renten stieg in 2007 um 41% verglichen mit dem Vorjahr und verdreifachte sich im Vergleich mit 2005. Laut offiziellen Statistiken der Justiz betrafen beim Gericht für soziale Sicherheit im letzten Jahr 21.395 eingeleitete Fälle die Indexierung von Renten. Das entspricht vier auf zehn Fällen in diesem Gericht. In 2006 wuchs die Zahl der Fälle um 15.167 (30% der gesamten Gerichtsverfahren) und 2005 um 6.759. Zwischen diesen zwei Jahren betrug die Zunahme 124%. ***

Binnenhandelsminister Guillermo Moreno hat gefordert, dass die Hersteller und Importeure von Düngemitteln für die Landwirtschaft die bestehenden Listenpreise beibehalten müssen. Er sagte auch, dass jeder neue Anstieg in seinem Sekretariat gemeldet werden müsse. Vor etwa 30 Personen, aus kleinen Unternehmen und multinationalen Düngemittelkonzernen, hat Moreno so die Umstände einer neuen Preiskontrolle erklärt, ohne ein ein-

ziges Papier zu unterzeichnen. Allein im letzten Jahr stieg der Preis für das Pflanzengift Glifosat um u\$ 2,8 auf mehr als u\$ 7,5 pro Liter, Stickstoffdünger stieg von u\$ 460 auf u\$ 650/700 pro Tonne, Phosphordünger von u\$ 600 auf u\$ 1300 pro Tonne. Bis auf den Harnstoff, der im Land erzeugt wird, werden die Düngemittel importiert. 2007 gab es einen Rekordverkauf von Düngemitteln und Landwirtschaftschemikalien von u\$ 1.700, bzw. u\$ 1.400, doch jetzt lässt die Nachfrage nach. Bei Düngemitteln wird geschätzt, dass die Käufe der Produzenten um 40% fallen. ***

Ab dem 1. August werden die Beiträge der privaten Gesundheitsunternehmen bis zu 16% ansteigen. Dies bezieht sich auf den Anstieg der integrierten Pläne, während die Pläne mit zusätzlicher Zahlung, die verschiedene Tarife je nach Leistung beinhalten, um 4% ansteigen. Insgesamt haben diese Unternehmen 3,8 Mio. Mitglieder. Davon sind nur ein Viertel der Personen direkte Mitglieder; der Rest stammt von Sozialwerken. ***

Ab den Gehältern für Juli wird die Obergrenze für den Abzug der Rentenzahlungen erhöht. Die 11% Rentenbeiträge, die seit Januar dieses Jahres gelten, werden nun auf bis zu \$ 7.800 angewendet. Bis vergangenen Juni lag das Maximum bei \$ 7.256 und der Abzug betrug \$ 798. Ab jetzt werden von den Gehältern aller, die \$ 7.800 oder mehr verdienen, \$ 858 abgezogen. Es wird geschätzt, dass dies etwa 200.000 Arbeitnehmer betrifft. Hingegen bleiben die Abzüge für das Gesundheitsinstitut der Rentner PAMI, und die anderen Sozialleistungen beim gleichen Maximum von \$ 4.800. ***

Die Abgeordnetenkammer von San Juan hat laut der Cepsa (Cámara de Empresas Prestadoras de Servicios Mineros) einstimmig beschlossen, die Quellensteuer mit 4 ppm zu besteuern. Der Präsident der Cepsa, Adrián Cellura, sprach sich für den Vorschlag aus. Laut Berechnungen des Abgeordneten Daniel Tomas, der die Initiative anregte, werden so pro Jahr \$ 3,5 Mio. eingefordert. Diese Geldmittel sollen in einem

Sonderfond angelegt werden. Damit soll eine Bildungseinrichtung über die Bergbauaktivität mit Dozenten gegründet und die Entwicklung des Bergbaus in San Juan gefördert werden. ***

Durch Beschluss 174/08 des Sekretariates für Industrie, Handel und kleine und mittlere Unternehmen (Amtsblatt vom 21.7.08) wurde bestimmt, dass der aus Brasilien importierte und von der Firma Monsanto do Brasil Ltda. gelieferte Glifosat und seine Derivate nicht die Bedingungen erfüllen, um als brasilianische Produkte eingestuft zu werden. Somit wird die Behandlung als solche (die in Zollfreiheit besteht) aufgehoben. ***

Im Amtsblatt vom Montag, den 21. Juli 2008, wurde das Dekret 117/08 veröffentlicht, das das Wirtschaftsministerium anweist, den Beschluss des Wirtschaftsministeriums 125 vom 10.3.08, und die komplementären Beschlüsse 141/08 vom 13.3.08, 64/08 vom 30.5.08, und 284/08 und 285/08 vom 18.4.08 aufzuheben. Im gleichen Amtsblatt wurden die Beschlüsse dieses Ministeriums 180/08, 181/08 und 182/08 veröffentlicht, die dies vollziehen. Das Dekret verwendet hier den Ausdruck „Begrenzung“ (limitación) statt „Aufhebung“ (derogación), wobei sich aus den Beschlüssen ergibt, dass es sich um das Gleiche handelt. Ob es schliesslich wirklich so ist, wird sich noch zeigen. ***

Eine chilenische Gruppe befasst sich zusammen mit Electroquímica El Carmen mit der Inbetriebnahme des vor über 20 Jahren aufgegebenen Schwefelvorkommens „La Casualidad“, im Hochgebirge in Salta, wobei schon u\$ 1,2 Mio. investiert wurden. Das Bergwerk gehörte seinerzeit dem Militärkonzern „Fabricaciones Militares“ und war sehr unwirtschaftlich, mit hohen Verlusten. Angeblich erlaubt jetzt der höhere Schwefelpreis und der technologische Fortschritt eine Ausbeutung mit Gewinn. ***

Das chinesische Unternehmen Leng Cheng Mining hat eine Inve-

Aerolíneas Argentinas

Am Montagnachmittag kündigte Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner im weissen Saal des Regierungspalastes feierlich die Übernahme der Flaggen-Luftfahrtgesellschaft Aerolíneas Argentinas an. Dies betrifft auch Austral, die der gleichen Gruppe gehört. Es handelt sich hier formell nicht um eine Enteignung, sondern um die freiwillige Übergabe des Aktienpaketes, das der spanischen Marsans-Gruppe gehört, und dessen Wert noch durch die Buchprüfer bestimmt werden muss, die von beiden Parteien für diesen Zweck ernannt werden. Binnen 60 Tagen soll dies abgeschlossen werden. Bei Schulden von insgesamt u\$ 890 Mio. (die Präsidentin kehrte die Ziffern um, und sprach von u\$ 980 Mio.) und einem täglichen Defizit von geschätzten u\$ 1 Mio. dürfte kaum ein positives Vermögen verbleiben. Es ist unwahrscheinlich, dass die Regierung den Verlust auf sich nimmt, der durch die verspäteten und unzureichende Tarifierhöhung zustande gekommen ist.

Die spanische Regierung weist darauf hin, dass der spanische Staat bei der Übernahme durch die staatliche Iberia E 1,8 Mrd. beitrug, zu denen E 800 Mio. hinzukamen, als Marsans 2001 in AA einstieg. Für diese hohen Beträge wird die argentinische Regierung jetzt bestimmt nicht aufkommen. Es handelt sich offensichtlich um Fehlentscheidungen der spanischen Regierung.

Bei den Schulden dürfte es wohl einen Abschlag geben. Doch auf alle Fälle wäre es billiger gewesen, dass AA als private Gesellschaft in Konkurs gerät und aufgibt, und die Regierung das Problem anders löst, nämlich einmal durch Einführung freier Himmel, also Zulassung internationaler Fluggesellschaften für den lokalen Markt, und dann eventuell durch Bildung eines neuen Unternehmens auf staatlicher oder besser gemischtwirtschaftlicher Basis. Denn AA und die Schwester-gesellschaft Austral haben eine Belegschaft von rund 9.000 Personen, und ein neues Luftfahrtunternehmen mit gleicher Kapazität würde mit weniger als der Hälfte auskommen.

stitution von u\$ 60 Mio. in das Eisenerzbergwerk in Sierra Grande, Provinz Rio Negro, angekündigt, in das sie vorher schon u\$ 42 Mio. investiert hatte, nachdem sie vor einigen Jahren u\$ 26 Mio. für die Übernahme vom Provinzstaat gezahlt hatte. Dieses Bergwerk wurde in den 70er Jahren vom Militätkonzern "Fabricaciones Militares" gegen den Rat von Experten in Angriff genommen. Es wurde über eine Milliarde Dollar investiert. Doch als die Ausbeutung des Erzes aufgenommen wurde, konnten nicht einmal die variablen Kosten gedeckt werden, so dass das Unternehmen, das damals Hipasam hiess, geschlossen und an die Provinz Rio Negro übertragen wurde, die es in Hiparsa umtaufte und schliesslich für u\$ 26 Mio. an die genannte chinesische Firma verkaufte. Inzwischen hat sich der Preis für Eisenerz mehr als verdoppelt, so dass es sich auch lohnt, dieses minderwertige Erz (mit niedrigem Eisengehalt und zu viel Phosphor) auszubeuhen. Die neue Investition bezieht sich auf die Anschaffung neuer Maschinen, die Instandsetzung der bestehenden und der Verladungsanlage in Punta Colorada, die Inbetriebnahme einer zweiten Produktionslinie von Konzentraten und der Verbesserung weiterer Anlagen.

Unternehmen der Milchindustrie dürfen die Preise um weitere 8% erhöhen. Bisher war eine Preiserhöhung um 8% genehmigt worden, verteilt auf vier Anstiege um je 2%. In diesem Jahr haben die Unterneh-

men bisher die Preise um 4% erhöht, die 8% summieren sich zu den noch ausstehenden 4%. Bei den Milchprodukten, die nicht von dem Anfang des Jahres geschlossenen Preisabkommen betroffen sind, dürfen die Unternehmen weiterhin über den Preisanstieg frei entscheiden. Trotzdem verhindert die Überversorgung mit einigen Nahrungsmitteln die Übertragung des Kostenanstiegs auf die Preise. Zum Beispiel haben sich einige Unternehmen auf Grund des Konfliktes der Landwirte mit der Regierung auf die Käseproduktion gestürzt, was zu einem Überangebot geführt hat. Durch das Abkommen zwischen Industrie und Regierung von Anfang Juli erhalten die Milchproduzenten weiter \$ 1,04 pro Liter Milch; davon entfallen 94 Cent an das Unternehmen und 10 Cent auf die Oncca. Außerdem erhalten die Firmen für 15 Produkte eine Subvention von 15 Cent pro Liter. Der Schnittpreis für den Export stieg durch die Beschlüsse 169, 170 und 171 (Amtsblatt vom 21.7.08) von u\$ 2.770 auf u\$ 3.116 pro Tonne.

Die nationale Investitionsagentur hofft in diesem Jahr einen Risikofond in Höhe von \$ 120 Mio. für die Software- und IT-Industrie schaffen zu können. Die Vorsitzende der Agentur, Beatriz Nofal, erklärte, dass es hierfür nötig wäre, die Gesetze zu ändern, die die Agentur regeln. Diese sei geschaffen, um Subventionen zu verteilen, aber nicht um zu investieren. Ziel ist es, einen mit öffentlichen Geldmitteln finanzierten Fond zu gründen, um innovativen Un-

ternehmen und Unternehmern Startkapital stellen zu können.

Die Präsidentin erklärte, sie hat diese Verstaatlichung nicht gewünscht, und sie hätte vorgezogen, dass AA weiter privat betrieben würde. In der Tat wird die Staatskasse jetzt stark belastet. Cristina Kirchner sagte der Belegschaft, die auch im weissen Saal zahlreich vertreten war, durch die Blume, sie sollten auch ihre Verantwortung für das Unternehmen übernehmen, was auf gut Deutsch heisst, sie sollen die Passagiere gut bedienen und nicht streiken. Beiläufig wies sie darauf hin, dass den Privatisierungen der öffentlichen Dienste während der 90er Jahre eine schlechte Leistung der Staatsunternehmen vorangegangen sei, die politisch den Weg in diese Richtung geebnet hätte. Sie erwähnte dabei das Beispiel des staatlichen Telefonunternehmens. Das kann als Wink mit dem Zaunpfahl an die Belegschaft gedeutet werden, die in den letzten Jahren wiederholt gestreikt und für einen miserablen Dienst gesorgt hat.

Planungsminister Julio de Vido hielt vor der Präsidentin eine Ansprache, in der er die Tragödie schilderte, die mit dieser Privatisierung einher ging, und betonte, dass AA jetzt weniger und ältere Flugzeuge habe, als vor der Privatisierung, wobei auch sonst Aktiven veräussert worden seien. Er vergass zu sagen, dass schon vor 1990 eine weltweite Dauerkrise der Luftfahrt eingesetzt hat, die zum Verschwinden von ein paar Dutzend Fluggesellschaften geführt hat, die zum Teil viel grösser und besser verwaltet als AA waren. Ebenfalls wiesen weder er noch die Präsidentin darauf hin, dass die Kirchner-Regierungen sich des Problems von AA und Austral in keiner Weise angenommen haben, wie es andere Regierungen mit ihren Flaggenunternehmen getan haben, sondern im Gegenteil, alles getan haben, damit die Marsans-Gruppe aufgeben musste. Diese Verstaatlichung hätte gewiss vermieden werden können, und das wäre, auch wenn dabei Subventionen benötigt worden wären, für den argentinischen Staat unverhältnismässig billiger gewesen.

Der Finanzminister der Stadt, Néstor Grindetti, hofft dass die Renten-kammer (AFJP) die Papiere im Wert von u\$ 500 Mio. für öffentliche Arbeiten kaufen wird. Die größten Ausgaben für öffentliche Arbeiten müssten im September getätigt werden.

Das argentinische Logistikunternehmen Outland Logistics expandiert nach Taiwan. Die auf Transportservices und internationalen Handel spezialisierte Firma wird zusammen mit der lokalen Firma Worldwide Logistics in Taiwan neue Büros eröffnen. In Hong Kong hat Outland Logistics bereits einen Sitz. „Wir werden uns so zu einer produktiven Einheit in der Textilindustrie, Elektronik und Möbelherstellung umwandeln“, hiess es in der Firma.

Intecon baut einen neuen Büroturm im Barrio Saavedra. Die Bauarbeiten an dem 22-stöckigen Gebäude mit insgesamt 32.000 qm haben bereits begonnen und werden etwa u\$ 31 Mio. kosten. Das Projekt breitet sich zusammen mit der von der Gruppe IRSA errichteten Einkaufsfläche auf einer Fläche von 5.700 qm aus.

Die Banco Provincia und das staatliche Unternehmen Buenos Aires Gas haben ein Abkommen für die Verfassung eines Treuhandfonds geschlossen. Dieser richtet sich

an den Bau und die Erweiterung der Gasverteilungswege in dem Distrikt. Der Fond von \$ 20 Mio. wird hauptsächlich Ortschaften in Bue-nos Aires bedienen, die noch nicht oder nur teilweise mit Gas beliefert werden.

Die Firma Aero Dreams wird in 90 Tagen ihre Fabrik in dem Industriegebiet von Buenos Aires einweihen. Dort sollen von Robotersystemen gesteuerte Luftschiffe ausgestattet mit globalen Positionierungssystemen wie GPS hergestellt werden. Dieser Typ von Luftschiffen kann zum Beispiel für die Erstellung von Boden- und Wasserkarten, Viehzählungen und Wildpeilung genutzt werden.

Nach der Rückkehr zu den Exportzöllen von vor dem 11. März, liegen die Preise, die Exporteure und die lokale Industrie zahlen, weit unter dem theoretischen Wert. Laut der Berechnung des Landwirtschaftssekretariats auf der Basis des FOB-Wertes, könnte für Sojabohne gezahlt werden, aber am Dienstag lag der Preis nur bei \$ 960. Dies liegt näher bei dem Preis von \$ 880, der am letzten Handelstag vor der Senatsentscheidung bezahlt wurde. Das ist dadurch zu erklären, dass ein Beschluss der Oncca Ende Mai die Anforderungen für Exporteure erhöht hat. Vor der Entscheidung der Oncca am 3. März lag der FAS-Wert bei \$ 1.185 pro Tonne und der Markt zahlte \$ 1.142. Beim März kamen Industrie und Exporteure

Beamtenüberschuss in der Stadt Buenos Aires

Die erste Erhebung der Verwaltungsstruktur der Stadt Buenos Aires ist abgeschlossen. In einer Pressekonferenz hat Regierungschef Mauricio Macri erklärt, dass bei der Zählung von 90.150 Angestellten im öffentlichen Dienst 3.000 Personen entdeckt wurden, die keine spezifische Tätigkeit haben. Darunter sind 1.710, Personen die seit mehr als 1000 Tagen nicht arbeiten, oder deren Genehmigung sich nicht bestätigen lässt, 165 Rentner mit Verträgen und 38 Verstorbene, die weiterhin Geld von Staat bekommen. Der Chef der Regierung schätzt, dass die öffentliche Verwaltung mehr als 130.000 Beamte hat, von denen schon 52.379 in ein Analysesystem integriert waren. Zu den 3.000 erwähnten Fällen kam eine ähnliche Zahl an „politischen Verträgen“. (Diese Angestellten verdienen zwar, aber haben keine bestimmte Aufgabe.) Diese wurden durch Macris Initiative bereits von der Gehaltsliste gestrichen. Dies nur die Ergebnisse einer ersten Schätzung seien; mit Beendigung der kompletten Erhebung des Personals seinen noch viel mehr Unregelmäßigkeiten zu erwarten. Macri schätzt, dass schon 9.870 Angestellte an einem Fortbildungssystem teilnehmen, 3.300 belegen Kurse und andere 2.500 hätten schon einige Kurse bestanden. Laut Finanzminister Néstor Grindetti sind schon 11.000 Beamte in das Neuordnungsprogramm der öffentlichen Verwaltung von Buenos Aires integriert. Zu diesen zählen auch 1000 Angestellte, die in den Status der Arbeitsunfähigkeit rutschten.

re fast auf dem FAS-Wert überein, doch am Dienstag fiel der Preis um \$ 40 pro Tonne. Damit wird Mais derzeit für \$ 440 pro Tonne gehandelt.

Präsidentin Cristina Kirchner hat dem Kongress eine Erhöhung des Budgets für 2008 um \$ 20.000 Mio. vorgelegt, weil sie kein Notfalldekret erlassen will. In Wirklichkeit will sie damit die Unterschätzung der Staatseinkommen reinwaschen und neue Ausgaben wie die Erhöhung der Subventionen (die im Schnitt schon zu 80% durchgeführt wurden) und die Aufstockung der Renten finanzieren.

Während der ersten 6 Monate dieses Jahres wurden verglichen mit der gleichen Vorjahresperiode 28% weniger Genehmigungen für neue Bauarbeiten in der Stadt Buenos Aires erteilt. Laut Informationen des Beratungsunternehmens Abeceb.com wurden zwischen Januar und Februar 682 Genehmigungen vergeben, wesentlich weniger als die 947 des Vorjahres.

Am Dienstag hat die ZB Wechsel für \$ 1 Mrd. ausgeschrieben und Angebote für \$ 2,42 Mrd. erhalten, von denen sie \$ 1,86 Mrd. angenommen hat. Für Lebac auf 91 Tage wurde 11% gezahlt, auf 119 Tage 11,22%, auf 133 Tage 11,50% und auf 350 Tage 11,90%. Für Nobac auf 364 Tage wurde Badlar-Satz plus 0,69% gezahlt, und für 371 Tage Badlar plus 1,03%.

Daniel Funes de Rioja, langjähriger Rechtsberater der "Unión Industrial Argentina" in Arbeitsangelegenheiten, schlug vor, den Mindestlohn regional zu gestalten und ausserdem Massnahmen zu ergreifen, um den Übergang der Arbei-

ter in die Legalität zu fördern.

Die griechische Libra Group, die schon die Errichtung eines Hotels in Puerto Madero (Saint Regis) angekündigt hat, hat jetzt ein Gelände an der Nordautobahn, Ecke Paraná, gekauft, um zwei grosse Bürogebäude von 26.000 qm zu bauen. Es handelt sich um eine Investition von etwa u\$50 Mio.

Die Oncca hat für Juli den Export von 45.000 t Fleisch bewilligt, etwas weniger als die 52.000 t des vergangenen Monats. So soll der interne Markt besser versorgt werden. Die ROE (Registro Oficial des Exportadores) brauchte bisher vorher die Unterschrift des Innenhandelsministers Guillermo Moreno, jetzt aber nicht mehr. Laut der Oncca wurden im Juni 2.000 t Fleisch an Kühlhäuser zurückgeschickt, die falsche Angaben eingereicht hatten, weil die Lagerkapazität und der Produktbestand überbemessen wurden. Die Oncca überwacht die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen in den Kühlhäusern, um zuerst die interne Versorgung sicherzustellen.

Die Gruppe Edilicia aus Córdoba plant den Bau eines riesigen Hotel-, Wohn-, und Shoppingkomplexes in Córdoba, der in den kommenden vier Jahren etwa u\$ 32 Mio. kosten wird. Die Anlage wird sich 7 km vom internationalen Flughafen Pajas Blancas entfernt auf 40.000 qm erstrecken. Im September werden die Arbeiten an Hotelanlagen, Geschäften und der Spa begonnen, die in 24 Monaten abgeschlossen sein sollen.

Der Index der Industrieproduktion des Statistischen Amtes (IN-

DEC), benannt EMI ("Estimador Mensual Industrial"), der auf Grund kurzfristig verfügbarer Daten der Industrie berechnet wird, und somit unvollständig ist (wobei besonders kleine und mittlere Verarbeitungsbetriebe ausgelassen werden, und ganze Branchen, wie Bekleidung und Möbelindustrie fehlen) lag für Juni um 4% unter Mai und nur um 1,8% über Juni des Vorjahres. Das 1. Halbjahr lag um 6,2% über dem Vorjahr. Die Nahrungsmittelindustrie lag im Juni um ganze 9,9% unter dem Vorjahr, wobei Getreidemühlen und Ölfabriken eine interanuelle Abnahme von 25,6% verzeichnen, Rind- und Schweinefleisch eine von 18,1% und Zucker eine von 10,7%. Die Erdölraffinerien verzeichnen gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 7,4% und die Zementproduktion einen von 8,7%. Die Kfz-Produktion lag um 8,3% unter Mai, jedoch um 10,1% über Juni 2007. Die Textilindustrie verzeichnet eine interanuelle Zunahme von 6,6%, die chemische Industrie eine von 4,2%. Die Industrieproduktion wurde im Juni stark durch den Konflikt der Landwirtschaft negativ beeinflusst. Das sollte jedoch in den kommenden Monaten weitgehend aufgeholt werden.

Die Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner kündigte am Mittwoch eine Umschuldung für 421 Landwirte der Provinz Entre Rios an, die \$ 43,87 Mio. betrifft, die sie der Banco Nación schulden. Die Landwirte müssen einzelne mit der Provinzbehörde neue Bedingungen aushandeln, die ihnen erlauben, ihr Landgut zu behalten und weiter wirtschaften zu können.

Der Präsident des Verbandes der Metallindustrie ADIMRA, Sergio Vacca, forderte, dass der Wechselkurs wieder unmittelbar auf \$ 3,20 pro Dollar angehoben werde, und der Exportzoll von 5%, der für diese Industrie gelte, abgeschafft werde. Die metallverarbeitende Industrie habe in den letzten 3 Jahren 32 ihrer Konkurrenzfähigkeit eingebüsst.

Das Parlament der Provinz Buenos Aires hat am Donnerstag das Gesetz über die Erhöhung der Sätze der Bruttoumsatzsteuer für Industrie und Handel verabschiedet. Gleichzeitig wurde das provinzielle Gesetz über die Reichtumssteuer ausser Kraft gesetzt, das von der Justiz schon als verfassungswidrig erklärt worden war, weil es bei der Berechnung der Immobiliensteuer auch Güter berücksichtigte, die sich in anderen Provinzen befanden. Für Handelsunternehmen mit einem Umsatz von über \$ 30 Mio. pro Monat gilt jetzt ein Satz von 4,5%, und für Industrie mit einem Umsatz von über \$ 60 Mio. im Monat einer von 1%. Bei Unternehmen, die die Produkte in anderen Provinzen herstellen und sie in der

Provinz Buenos Aires verkaufen, wird der bestehende Satz von 1,5% auf 3% verdoppelt. Da die Bruttoumsatzsteuer in jeder Etappe auf den vollen Wert erhoben wird (und nicht, wie bei der MwSt. auf den Zusatzwert) ergeben sich bei Branchen mit geringen Margen groteske Steuersätze. So wird die Bruttomarge der Kfz-Agenturen jetzt mit 28% bis 31% besteuert.

Das Zuckerunternehmen San Martín del Tabacal S.A., mit grossen Zuckerrohrpflanzungen und Fabrik in Orán, im Norden der Provinz Salta, hat u\$ 13,9 Mio. investiert, einmal für eine neue Anlage, um Zuckerrohr zu mahlen, so dass die Produktionskapazität auf 230.000 Jato Zucker erhöht wird, und dann um die Alkoholdestilliererei von 20 auf 50 Mio. Liter Alkohol zu erhöhen. Die neuen Anlagen wurden letzte Woche in Betrieb genommen. Das Unternehmen gehörte der Familie Patrón Costas und wurde vor einigen Jahren an die US-Firma Seaboard verkauft. Obwohl es sich traditionell um eines der solidesten Unternehmen der Branche handelte, wurde es von der Krise hart getroffen, die die den grössten Teil der Zuckerfabriken in den letzten zwei Jahrzehnten in den Konkurs geführt oder zum Verkauf an kapitalkräftigere Gruppen gezwungen hat.

Die Oncca hat am Donnerstag den Beschluss 1898 (Amtsblatt vom 24.7.08) veröffentlicht, um rückwirkend mehr Exportzölle fordern zu können. Es wurden 18 Mio. Tonnen entdeckt, die vor dem Anstieg der Zölle deklariert wurden (z.B. bei Sojabohne von 27,5 auf 35%). Wenn nun rückwirkend die Zölle eingetrieben werden, wie das Gesetz Martínez Raymonda fordert, würde das eine Differenz von u\$ 1,8 Mrd. zu Gunsten des Staates ergeben. Der Beschluss, der bei Sojabohne u\$ 649 Mio. ausmacht, betrifft die Exporteure Aceitera General Deheza, Nidera, Bunge, Cargill, Molinos y Dreyfus. Die Kursnotierung ging zurück, sowohl bei Soja (-u\$ 9,5), als auch bei Weizen (-u\$ 4,5) und Mais (-u\$ 3,5). „Die Regelung ist absurd, denn jedes Mal wenn ein Exporteur einen Verkauf verzollt, macht er das mit Sojabohne, die er auf Terminkontrakte gekauft hat, und viel seltener mit Produkten, die er im Lager hat. Was sie im Oktober und November des vergangenen Jahres deklariert haben, werden sie somit erst in der Zukunft kaufen“, bemerkte Mario Marincovich, Präsident des Centro de Corredores y Agentes des Bolsas de Cereales.

SanCor hat die Umstrukturierung seiner Schulden in Höhe von u\$ 167 Mio. beendet, zweieinhalb Jahre nachdem sie den finanziellen Sanierungsprozess eingeleitet hatte. Das Milchunternehmen hat zwei Möglichkeiten angeboten: Bezahlung

Erweiterung der Süd-Gasleitung

TGS (Transportadora de Gas del Sur) hat am Dienstag einen Teil der Erweiterung seines Gasleitungsnetzes 2006-2009 eingeweiht. Damit steigt die tägliche Transportkapazität um 1,7 Mio. cbm für in Großraum Buenos Aires und die Hauptstadt. Die Arbeiten wurden an 357 km Leitungen von Santa Cruz bis in die Provinz Buenos Aires durchgeführt. Ziel des Programms ist die Ausweitung von insgesamt 937 km und Erhöhung der Kompression auf etwa 200.000 Pferdestärken. Nach Fertigstellung soll die Transportkapazität um 7,7 Mio. cbm täglich steigen. TGS transportiert etwa 62% des in Argentinien verbrauchten Gases durch ein System von 8.042 km Leitungen, die sich durch 7 Provinzen ziehen. Die eingeweihten Arbeiten sind Teil eines Programms zur Vergrößerung der Transportkapazität der Gasleitungen, um den steigenden Bedarf zu decken. Das beauftragte Bauunternehmen ist die brasilianische Odebrecht, finanziert werden die Arbeiten durch einen Treuhandfond der Banco Nación. TGS, von an der die brasilianische Petrobras 53 % der Aktien hält, plant auch eine Verlegung einer neuen Gasleitung unter der Meerenge von Magallanes, die Feuerland mit dem argentinischen Festland verbinden soll, in Länge von 37 km, die über u\$ 200 kosten soll.

in Bar mit Abschlag oder die Zahlung in Raten des vollen Betrages. Fast die Hälfte der Gläubiger stimmte für Barzahlung, die sich auf 40% der Originalschuld bezieht. Dies spart dem Unternehmen u\$ 50 Mio. Von der internationalen Finanzkörperschaft, die von der Weltbank abhängt, wurde dieser Vorschlag abgelehnt.

20 Jahre nach der Eröffnung seiner ersten Filiale in Argentinien plant Makro weiter zu expandieren, und zwischen 2009 und 2014 mit einer Investition von etwa \$ 600 Mio. 20 neue Filialen zu eröffnen. Derzeit betreibt das niederländische Unternehmen 16 Läden im ganzen Land. Bis Ende des Jahres sollen Filialen in Río Cuarto, San Juan und Corrientes hinzukommen. Mit dem Bau von fünf weiteren Filialen, mit zwischen 10.000 und 30.000 qm Ladenfläche zur Eröffnung in 2009, wurde schon begonnen. Im letzten Jahr schloss das Unternehmen mit einem Umsatz von \$ 1,5 Mrd., plus 48% gegenüber 2007. Das Unternehmen hat 1.300 Angestellte, hält einen Marktanteil von 22% und konkurriert mit Vittal, Diarco, Maxiconsumo und Jaguar.

Laut LatinPanel Argentina ging das Konsumvolumen verglichen mit den ersten Monaten dieses Jahres in der Periode Mai-Juni um 8% zurück. Im Vergleich mit dem Vorjahr lag der Rückgang in den zwei Monaten bei 3%, obwohl das gesamte Halbjahr gleich gut wie das erste Halbjahr des vergangenen Jahres war. Dies ist auf gute Verkäufe im Sommer zurückzuführen. Im Inneren des Landes war der Rückgang der Verkäufe im Mai-Juni viel stärker zu spüren, dort lag er bei 9%, während er in Buenos Aires nur 6% betrug.

Die Provinzen, die Inflationsberechnungen unabhängig von der Indec machen, haben im ersten

Halbjahr einen Preisanstieg um durchschnittlich 14% registriert. Das ist dreimal so viel, wie der offizielle Konsumpreisindex in GBA mit 4,6%. Die Provinzen, die eigene Daten herausbrachten, waren San Luis (14,8%), Salta (14,5%), Rio Negro (14,9%), Tierra del Fuego (12,4%) und Chaco (11,1%).

Das Senasa-Amt des Landwirtschaftssekretariates berichtet, dass der Rindfleischexport im 1. Halbjahr 2008 um 17% auf 162.644 t gesunken, jedoch wertmässig um 11% auf u\$ 652,8 Mio. gestiegen ist. Von den Exporten entfielen 12.272 t für u\$ 181,2 Mio. auf die Hilton-Quote der EU. Russland lag mengenmässig mit 30.902 t an erster Stelle, jedoch wertmässig mit u\$ 83,1 Mio. weit hinter der EU, an die hochwertiges Fleisch geliefert wird. Chile war mit 12.204 t und u\$ 46,7 Mio. ebenfalls ein bedeutender Kunde.

Die Rate des argentinischen Landesrisikos stieg letzte Woche um 25 Punkte auf 611 Punkte. Sie wird berechnet als Differenz der effektiven Rendite der US-Schatzscheine auf 10 Jahr ("Treasuries") und derjenigen argentinischer Staatspapiere, die letzte Woche in den USA unter Verkaufsdruck standen.

Die Regierung hat 26 Handelskammern das Projekt über das Zollgesetzbuch des Mercosur vorgelegt, damit sie bis zum 15. August ihre Meinung äussern. Im Wesen ist dieser Kodex nicht viel anders als der argentinische, der vom Januar 1981 stammt. Es wird angenommen, dass dieser neue Kodex die Mercosur-Mitglieder zwingt, die Zölle gegenüber Drittstaaten zu vereinheitlichen, wie es dem Konzept eines gemeinsamen Marktes entspricht. Ein Streitpunkt dürften die Exportzölle beim Handel unter den Mitgliedern sein.

Der neue Landwirtschaftssekretär Cheppi

Der seit längerer Zeit erwartete Wechsel im Landwirtschaftssekretariat hat schliesslich stattgefunden: Javier de Urquiza wurde durch Carlos Cheppi, seit Mai 2003 Präsident des landwirtschaftlichen Forschungsinstitutes INTA (das er stark ausgebaut hat, mit einer Verfünfachung des Budgets), ersetzt. Urquiza war ein Landwirt aus Santa Cruz, wo er sich mit Schafzucht befasste, und beiläufig Néstor Kirchner kennengelernt hatte. Er war somit ein echter "Pinguin". Er hatte eine geringe Beziehung zur landesweiten Landwirtschaft und war offensichtlich durch den jüngsten Konflikt überfordert. Eigentlich war er es schon vorher. Abgesehen davon wurde er von Binnenhandelssekretär Guillermo Moreno überrannt, der sich immer mehr in Angelegenheiten seines Ressorts einmischte und Entscheidungen traf, die ihm nicht zustanden.

Cheppi, 53, ist Landwirtschaftsingenieur und steht Néstor Kirchner, und auch Julio de Vido, nahe, und hat 2003 das Landwirtschaftskapitel des Wahlprogrammes redigiert. Im Juni hat er Cristina Kirchner begleitet, als sie zur FAO-Konferenz in Rom reiste. Er gehört somit zum Kreis der engen Mitarbeiter der Kirchners. Er hat ein sehr technisches Profil, und ist überzeugt, die Produktion der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte kann mittelfristig stark erhöht werden. Vor kurzem hat er der Präsidentin einen Plan mit Zielen für 2015 vorgelegt, in dem er eine Zunahme der Sojabohnenproduktion um 25% auf 61 Mio. t, eine Verdoppelung der Maisproduktion auf 45 Mio. t und eine Zunahme der Weizenproduktion von 15 auf 24 Mio. t anvisiert. Die Rindfleischproduktion soll um 48% und die Milchproduktion um 42% zunehmen und die von Gemüse und Obst soll verdoppelt werden. Die Erfüllung dieser ehrgeizigen Ziele setzt eine grundsätzlich andere Landwirtschaftspolitik voraus, bei der das Umverteilungskonzept der Kirchners in den Hintergrund tritt.

Der Posten des Unterstaatssekretärs für Entwicklung der Landwirtschaft und Familienwirtschaft, der nur formell bestand, wurde jetzt in der Person von Guillermo Daniel Martini besetzt. Immerhin werden gemäss Fachstudien 66% der landwirtschaftlichen Betriebe von Familien verwaltet, wobei 53% der Beschäftigung dieses Bereiches auf diese Betriebe entfällt. Sie sind besonders im Nordwesten stark verbreitet. Sie befassen sich mit Anbau von Obst und Gemüse, Tabak, Yerba Mate und vielen anderen Tätigkeiten, jedoch kaum mit Rinderzucht und Anbau von Getreide und Ölsaaten. Cheppi weiss als guter Fachmann, der er ist, in welchen Bereichen kleine landwirtschaftliche Betriebe wirtschaftlich sein können, und was sie benötigen, um es zu sein.

Die Landwirtschaft steht jetzt, als Folge des Konfliktes und auch wegen der neuen Konstellation auf dem Weltmarkt, im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Regierung und der Gesellschaft. Da sich Wirtschaftsminister Carlos Fernandez vorwiegend auf dem Gebiet der Staatsfinanzen auskennt, von Landwirtschaft wenig versteht und sich auch nicht einmischte, hat der Landwirtschaftssekretär jetzt eine ganz besondere Bedeutung. Die Landwirte haben jetzt jemand, mit dem sie reden können. Sofern die Kirchners dies zulassen...

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Gefährdete Staatsfinanzen

Das Schatzamt hat im Juni mit einem primären Überschuss von \$ 2,65 Mrd. abgeschlossen, der um 15% über dem gleichen Vorjahresmonat liegt. Davon entfallen allerdings \$ 1,04 Mrd. auf eine Anzahlung der ZB a Konto des Gewinnes von diesem Jahr. Das echte ("finanzielle") Defizit wird mit \$ 1,28 Mrd. ausgewiesen, so dass bei Abzug des ZB-Gewinnes nur \$ 240 Mio. übrig bleiben. Und wenn man noch andere Tricks der "kreativen" staatlichen Buchhaltung berücksichtigt, dann besteht schon ein echtes Defizit, das in einer Zunahme der Staatsschuld zum Ausdruck kommt.

Im 1. Halbjahr lag der primäre Überschuss mit \$ 20,31 Mrd. um 41,8% über dem Vorjahr, wobei die Fiskaleinnahmen um 38,2% gestiegen sind. Die ZB zahlte jedoch in dieser Periode \$ 2,4 Mrd. an das Schatzamt. Vorgesehen waren im Budget \$ 1,5 Mrd. im ganzen Jahr.

Der echte Überschuss lag im 1. Halbjahr mit \$ 5,57 Mrd. um 71,3% über dem Vorjahr. Das stimmt jedoch nicht, da die Staatsschuld in dieser Periode zugenommen hat, und diese Zunahme (im englischen Sprachgebrauch "net borrowing" genannt) wird gemäss international gültiger Methodologie als echtes Defizit bezeichnet. Argentinien braucht in dessen einen echten Überschuss, um ihn bei der Amortisation von Schulden einzusetzen, so dass die Neuverschuldung jeweils unter dem Betrag der Amortisationen liegt. Dann sinkt auch das Landesrisiko und damit die Zinsen, zu denen der Staat Bonds unterbringt. Es ist wichtig, Signale zu geben, dass kein neuer Default bevorsteht.

Wie in letzter Zeit üblich, war die Information sehr dürftig. Der Wirtschaftsminister Carlos R. Fernandez und der Schatzsekretär Juan Carlos Pezoa gaben einige wenige Daten im Fernsehen bekannt, mit einer oberflächlichen Erläuterung, und ohne Frage und Antwort, wie es bei einer echten Pressekonferenz der Fall gewesen wäre. Gewiss verdient der Minister seinen Spitznamen, "der Stumme". Es gehört jedoch zu den Aufgaben eines Wirtschaftsministers, die Wirtschafts- und Finanzpolitik zu erklären. Man ist somit auf einzelne Daten und Interpretationen privater Wirtschaftskonsultanten angewiesen, die jedoch auch Schwierigkeiten haben, um eine gute Erklärung zu geben.

Die laufenden Einnahmen lagen im Juni mit \$ 18,95 Mrd. um 28,4% über dem Vorjahr, die Ausgaben jedoch mit \$ 15,94 Mrd. um 31,7% über Juni 2007. Die Ausgaben wären noch stärker gestiegen, wenn das Schatzamt sie nicht gebremst hätte, wobei es sich zum Teil darum handelt, dass ausstehende Zahlungen hinausgeschoben werden, und zum anderen, dass weniger Geld für öffentliche Investitionen eingesetzt wird, sei es direkt oder über geringere Zuschüsse an die Provinzen für diesen Zweck. Dies geschieht schon während der letzten Monate, wird jedoch immer ausgeprägter. Die unmittelbare Folge ist die, dass die Provinzen, angefangen mit Buenos Aires und Córdoba, sich anschicken, ihre eigenen Steuern zu erhöhen und/oder auf bisher nicht erfasste Bereiche auszuweiten. Bei der Bruttoumsatzsteuer, die ohnehin schon konfliktiv ist, schafft das Probleme.

Die Subventionen lagen im Juni mit \$ 3,74 Mrd. um 57% über dem Vorjahr. Dabei sind die Subventionen für elektrischen Strom um 123% höher ausgefallen als im Juni 2007. Die Regierung hat in letzter Zeit immer ausgeprägter versucht, mit Subventionen zu verhindern, dass sich Kostenzunahmen auf die Preise auswirken. Das bezieht sich besonders auf öffentliche Dienste, aber auch auf allerlei Lebensmittel. Da dies für die Staatsfinanzen immer unerträglicher wird, sollen jetzt die Tarife für elektrischen Strom, Gas und Wasser erhöht werden, angeblich bei Haushalten mit einer progressiven Skala, so dass ärmere Familien weniger belastet werden. Die Frage ist die, ob dann im Index die durchschnittliche Zunahme oder nur die für den Grundkonsum berücksichtigt wird.

Die Ausgaben für Gehälter lagen im Juni um 24% und für Renten um 35% über dem Vorjahr. Bei Gehältern entspricht dies der Erhöhung derselben, wobei jedoch auch die Zahl der Beamten stetig zunimmt. Bei Pensionen und Hinterbliebenenrenten spiegeln sich hier die Zunahmen, die im Laufe der letzten 12 Monate gewährt wurden, und auch die Zunahme der Zahl der Rentner durch Pensionierung von etwa 1,2 Mio. Personen, die die Altersgrenze überschritten, aber nur einen Teil oder gar keine Beiträge geleistet hatten, von denen ein grosser Teil auf die letzten 12 Monate zum Juni entfällt.

Die Überweisung an die Provinzen lag im Juni um 23% unter dem Vorjahr, und die nationalen Kapitalausgaben stiegen nur um 2%. Die Bauunternehmen beklagen sich darüber, dass der Staat sich bei den Zahlungen verspätet, und besonders, dass er Zahlungen wegen gestiegener Kosten hinausschiebt. In einigen Fällen sind die Unternehmen von Bauaufträgen zurückgetreten, die ihnen schon zugeteilt worden waren, weil der Baubeginn hinausgeschoben wurde und die Kosten inzwischen stark gestiegen sind, und diese Zunahmen vor Beginn der Arbeiten nicht anerkannt werden. Rundenisen stieg laut Angaben von Unternehmen seit November um 30%, Flachglas um 20% und Sand um 21%. Für das INDEC betrugen die Zunahmen nur 9,5%, 1,89% und 6,1%. Hinzu kommen dann noch Lohnerhöhungen.

Wir haben an dieser Stelle seit langem darauf hingewiesen, dass mehr öffentliche Bauten (Strassen, Wohnungen u.a.) in Angriff genommen worden sind, als der Staat finanzieren kann. Da es keine Planung gab, wie sie das Gesetz 24.354 vom Jahr 1994 bestimmt, wird nicht beachtet, dass in allen Fällen die Aufwendungen für die einzelnen Objekte eine stark steigende Tendenz haben, so dass der Zeitpunkt kommt, an dem die Mittel nicht ausreichen. Dann werden öffentliche Bauten still-

gelegt oder gestreckt, was zusätzliche Kosten mit sich bringt und zu einer realen Verteuerung führt. Das ist eine traditionelle Form der Vergeudung öffentlicher Gelder, die das genannte Gesetz verhindern sollte. Aber es wird eben nicht beachtet. Im Fall des Hochgeschwindigkeitszuges wurde dies allerdings vor Gericht angezeigt, was die Nebenwirkung haben könnte, dass die Minister für Wirtschaft und für Planung jetzt in anderen Fällen das Gutachten des zuständigen Amtes im Wirtschaftsministerium fordern, um sich nicht später vor Gericht verantworten zu müssen, was gewiss nicht angenehm ist.

Im 2. Halbjahr werden die laufenden Staatseinnahmen voraussichtlich hoch sein. Die hohe Menge gelagerter Sojabohne, plus Mais u.a. Getreide- und Ölsaaten, die jetzt zu Preisen verkauft wird, die weit über den vorjährigen liegen, sorgt für hohe Einnahmen aus Exportzöllen, auch bei den Sätzen vom 10. März. Da sich dies allgemein belebend auf die Wirtschaft auswirkt, kann man auch mit hohen Einnahmen der MwSt. u.a. Steuern rechnen.

Indessen ist vorgesehen, die Renten anzuheben, das steuerfreie Minimum der Einkommenssteuer zu erhöhen und eventuell auch die Progression zu mildern. All das verringert die Staatseinnahmen, wenngleich zum Teil mit verspäteter Wirkung. Hinzu kommen dann noch Gehaltserhöhungen und hohe Zuschüsse für die neuen Staatsunternehmen, zu denen jetzt auch Aerolíneas Argentinas und Austral mit einem hohen Betrag hinzukommen. Bei den hohen erwarteten Einnahmen kann das Schatzamt dies verkraften, umso mehr, wenn ausserdem die Subventionen für öffentliche Dienste abgebaut werden. Wie weit dann noch Geld übrig bleibt, um öffentliche Investitionen zu finanzieren, sei dahingestellt. Ganz, also bei völliger Normalisierung der Zahlungen, wird die Rechnung bestimmt nicht aufgehen.

Sollten die Preise der Exportcommodities, wie zu erwarten, zurückgehen, dann sinken auch die Einnahmen aus Exportzöllen, und dann ist das Problem noch grösser. Die verantwortlichen Beamten, an erster Stelle der Wirtschaftsminister, sollten sich somit schon überlegen, wie sie unnötige Ausgaben streichen können. Denn was sie heute zuerst ausfindig machen (was viel interne Forschung erfordert) und dann verfügen, wirkt sich erst in einigen Monaten aus.

Einkommensverteilung und Sozialpolitik

Bei der langdauernden Diskussion mit der Landwirtschaft haben die Kirchner und ihre Gefolgschaft stets das Problem der Umverteilung des Einkommens in den Mittelpunkt gestellt. In der Tat stossen sich alle Beobachter der argentinischen Verhältnisse an der weit verbreiteten Armut, und alle treten dafür ein, dass der Staat sich darum kümmert, das Problem im Rahmen seiner Möglichkeiten zu lösen. Alle Regierungen, schon seit dem 19. Jahrhundert, haben sich bemüht, dass die Armut überwunden oder zumindest gemildert wird. Auch die Kirchner-Regierungen haben viel in diesem Sinn getan. Es ist gewiss nicht so, wie es Kritiker oft sagen, dass sie in Wirklichkeit die grosse Zahl der Armen erhalten wollen, um sie politisch manipulieren zu können. Sie hatten den Willen, das Problem zu lösen, wussten und wissen immer noch nicht wie. Es fehlt jetzt ein grundsätzliches Konzept für eine wirksame Sozialpolitik, was zunächst Klarheit über den Inhalt und die Eigenart derselben voraussetzt, was sowohl bei der Regierung, wie bei Regierungskritikern fehlt.

Einmal ist Umverteilung des Einkommens und Sozialpolitik nicht das Gleiche. Wenn wohlhabenden Gruppen Einkommen durch hohe Steuern genommen wird, so bedeutet das nicht, dass es den Armen automatisch besser geht. Im Gegenteil: wenn dadurch der Ansporn für unternehmerische Initiativen und die Möglichkeit der Kapitalbildung gehemmt werden, und die Wirtschaft dann weniger wächst, dann wird es den Armen voraussichtlich schlechter gehen. Wenn statt dessen der Akzent auf eine effiziente Sozialpolitik gesetzt wird, wird es ihnen zunehmend besser gehen.

Die weltweite Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, dass hohes Wachstum zunächst mit einer Vergrösserung der Ungleichmässigkeit bei der Einkommensverteilung einher geht. Das war besonders in China und Indien in den letzten zwei Jahrzehnten so. Doch gleichzeitig hat sich dabei die Zahl der Armen verringert, und es geht ihnen allgemein besser. Über dieses Paradoxon sollten auch die Kirchner-Ideologen nachdenken.

Die erfolgreichste Sozialpoli-

tik, die Argentinien in seiner Geschichte vollzogen hat, bestand im grossen Fortschritt beim Erziehungswesen, der im 19. Jahrhundert dank Domingo F. Sarmiento erreicht wurde, der die Errichtung von Schulen, und vornehmlich von Instituten für Lehrerbildung zu seinem Lebenszweck gemacht hat, und als Präsident, aber auch vorher und besonders nachher intensiv auf diesem Gebiet gewirkt hat. Argentinien trat ins 20. Jahrhundert mit weniger Analphabeten und einer besseren Volkserziehung als viele europäische Staaten ein. Der grosse Modernisierungssprung und die ausgeprägte Entwicklung der Wirtschaft, die in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts einsetzte, wären ohne den grossen Fortschritt auf dem Gebiet der Erziehung nicht möglich gewesen. Die Erziehung gab breiten Kreisen der Bevölkerung die Möglichkeit, sich in eine modernere Wirtschaft zu integrieren und sozial aufzusteigen. Argentinien erreichte dadurch eine soziale Struktur mit einem grossen Mittelstand, wie er eine moderne Gesellschaft kennzeichnet.

Das Erziehungswesen muss jetzt von Grund auf neu überdacht werden, um es der neuen Welt, in der wir leben, anzupassen. Es geht jetzt um Qualität und nicht, wie zur Zeit von Sarmiento, um Quantität. Die Lehrer müssen besser ausgebildet werden, und für ihre bessere Leistung auch entsprechend belohnt werden. Dies widerspricht jedoch der Politik der Gleichmacherei, die die Lehrergewerkschaft CTERA befürwortet und mit Erfolg durchsetzt. Die Ausstattung der Schulen mit Computern, die besonders Daniel Filmus als Erziehungsminister unter Néstor Kirchner vorangetrieben hat, gibt den Lehrern die Möglichkeit, die Lernmethoden zu modernisieren und zu verbessern. Aber zu diesem Zweck müssen sie selber auch auf dem Gebiet der Informatik ausgebildet werden. Sonst schauen sie diese Apparate

nur dumm an, und meinen es sei eine Spielerei.

Der zweite Punkt, der hervorgehoben werden muss, ist die Beschäftigungspolitik. Die Arbeitspolitik der letzten Jahre war beschäftigungshemmend. Es besteht kein Ansporn, um mehr Arbeiter und Angestellte zu beschäftigen, und hingegen bestehen Anreize, um mit weniger Personal auszukommen und einen eventuellen Bedarf mit Überstunden oder Verzicht auf Aufträge und Befriedigung einer höheren Nachfrage zu lösen. Der hohe Anteil der Schwarzarbeit, der offiziell auf etwa 40% der gesamten Beschäftigten berechnet wird, zeugt von Systemfehlern. Die Frage, wie die Legalisierung der schwarzen Arbeitnehmer erreicht werden kann, bleibt unbeantwortet. Es handelt sich nicht nur um eine effektive Kontrolle, die nicht besteht, sondern um eine faktische Möglichkeit für Kleinunternehmen, voll auf die Legalität überzugehen, ohne dass das Unternehmen dabei zusammenbricht. Als Erstes müsste verfügt werden, dass bei Legalisierung die Vergangenheit ausradiert wird, d.h., dass die nicht gezahlten Sozialbeiträge für die letzten sechs Jahre nicht gefordert werden. Und dann müsste auch bestimmt werden, dass bei neu eingestellten Arbeitskräften oder solchen, die von schwarz auf weiss übergehen, während einer bestimmten Zeit (zwei Jahre?) keine Sozialbeiträge (abgesehen vom Beitrag für das Sozialwerk und die Arbeitsrisikoversicherung) gezahlt werden.

Abgesehen davon wurde die Arbeitsgesetzgebung auf Initiative der Regierung und besonders des Deputierten und Gewerkschaftsanwaltes Héctor Recalde, in vielen Aspekten derartig geändert, dass die Arbeit verteuert und mit höherem Risiko für den Arbeitgeber belastet wird. Der übertriebene Schutz des Arbeitnehmers, der hier angestrebt wird (und menschlich verständlich ist) wirkt

sich schliesslich gegen die Beschäftigung aus, die im Sinne der Sozialpolitik absolute Priorität haben muss. Er fördert ausserdem die Schwarzarbeit. Das scheint Arbeitsminister Carlos Tomada jedoch nicht zu verstehen. Es wäre an der Zeit, ihn durch einen Minister auszuwechseln, der die Beschäftigungsproblematik begreift und ihr absolute Priorität einräumt.

Die Sozialpolitik umfasst viele andere Aspekte. Wenn man jedoch nicht vorsichtig handelt, dann weiten sich die Sozialausgaben derart aus, dass sie unbezahlbar werden und zu einer untragbaren Erhöhung der Staatsausgaben und eventuell zu Defizit führen, und somit die wirtschaftliche Entwicklung hemmen und dadurch sozialpolitisch negativ wirken. Auf dem Gebiet der Gesundheitsbetreuung der Bevölkerung ist in den letzten Jahrzehnten ein spürbarer Fortschritt erreicht worden, der in einer starken Verringerung der Kindersterblichkeitsrate und einer Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung zum Ausdruck kommt. Der ehemalige Gesundheitsminister Ginés González García (unter Duhalde und N. Kirchner) hat viel zu dieser Entwicklung beigetragen. Es ist jedoch nicht schwierig und auch nicht kostspielig, weitere Fortschritte zu erreichen, durch Verbesserung der Verwaltung der öffentlichen Hospitäler und einer gezielten Politik zur Verhütung von Krankheiten, ganz besonders durch Bekämpfung von Parasiten bei Kindern, die angeblich um die 4 Mio. umfassen und einen dauerhaften Gesundheitsschaden herbeiführen. All dies erfordert wenig Geld, aber dafür klare Konzepte und die Fähigkeit der praktischen Umsetzung guter Vorhaben.

Die Kirchner-Regierungen haben viel Sozialpolitik über Subventionen durchgeführt. Jetzt sind diese jedoch so stark gestiegen, dass der Zeitpunkt gekommen ist,

MAXINTA

Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa

Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 4334-4400

um diese Politik zu überdenken. Diese Subventionen müssen gezielter sein; wenn die Tarife bei Strom, Gas und Wasser allgemein künstlich niedrig gehalten werden, dann werden an erster Stelle wohlhabende Haushalte finanziert, denen dadurch jeglicher Anreiz genommen wird, sparsam mit dem Verbrauch umzugehen. Wirtschaftler, die sich das Thema überlegt haben, schlagen vor, dass die niedrigen Tarife nur für einen bestimmten Mindestkonsum gelten, der dem typischer Haushalte armer Familien entspricht, aber darüber hinaus auf normale Tarife übergegangen wird. Es könnten auch Stufen eingeführt werden. Aber einen Haushalt zu subventionieren, bei dem alle Lichter eingeschaltet bleiben, der mit allerlei Luftkühlanlagen ausgestattet, Gas in grossen Mengen für volle Heizung einsetzt und Wasser auch für einen Swimming-Pool verwendet, das alles darf nicht mit Sozialpolitik verwechselt werden. Wie verlautet, soll jetzt in diesem Sinn vorgegangen werden.

Auch beim öffentlichen Transport geht die Subventionspolitik zu weit. Und bei Lebensmitteln fliessen die Mittel weitgehend in die Taschen von Personen, die dies nicht nötig haben. Bei diesen Subventionen entstehen auch allerlei Nebengeschäfte, die schlaue Unternehmer ausnutzen. Das ganze System muss neu durchdacht werden.

Schliesslich sei noch auf einen



The Chemical Company

wesentlichen Aspekt der Sozialpolitik hingewiesen, der in der Wohnungspolitik besteht. Der Zugang zur Eigenwohnung und auch zur gemieteten Wohnung ist in den letzten Jahren erschwert worden. In den 90er Jahren, als Stabilität bestand, haben sich die Hypothekarkredite der Banken stark ausgeweitet und dem Mittelstand eine effektive Möglichkeit gegeben, Zugang zur Eigenwohnung zu haben. Das wurde durch die Megaabwertung von 2002, die Pesifizierung von Dollarkrediten und die danach folgende Inflation fast vollständig zerstört. Auf diesem Gebiet gab es einen verhängnisvollen Rückschritt.

Doch für die ärmeren Bevöl-

kerungsgruppen ist dies keine Lösung, da sie die Quoten für einen Hypothekarkredit einfach nicht zahlen können, auch bei niedrigen Zinsen nicht. Hier muss direkt subventioniert werden. Aber man kann mit dem gleichen Betrag an Subventionen, der gegenwärtig aufgewendet wird, bestimmt viel mehr Wohnungen bauen, als es jetzt der Fall ist. Viele Familien lösen das Problem durch eigenen Bau von Wohnungen. Das wird einem bei der "Villa 31", an der Nordausfahrt der "Avenida 9 de Julio" vor Augen geführt. Das Gleiche geschieht im ganzen Land, wobei bestehende Wohnungen, vor allem armer Familien, ständig erweitert werden.

Diese Anstrengungen, sich eine Eigenwohnung zu beschaffen, müssen vom Staat einmal in geordnete Bahnen geleitet werden, damit die Wohnungen sich in eine normale Stadt einordnen; und dann sollte der Staat hier Boden bereitstellen, Baumaterialien subventionieren und technischen Beistand leisten. Das ist auf alle Fälle unverhältnismässig billiger, als der vom Staat in eigener Regie durchgeführte Wohnungsbau. Man muss davon ausgehen, dass die Mittel für den sozialen Wohnungsbau gestreckt werden müssen, damit sie eine grössere Wirkung haben.

Es besteht allgemein eine Tendenz, bei der Sozialpolitik das Ef-

fizienzdenken bei Seite zu lassen, das von den Kirchners ohnehin mit Liberalismus und unmenschlichem Kapitalismus gleichgestellt wird. Das ist ein verhängnisvoller Fehler, auf den schon Lenin seine Gefolgschaft aufmerksam machte, indem er betonte, Effizienz sei kein ausschliesslich kapitalistischer Begriff, sondern er gelte auch für den Kommunismus. Er regte sich auf, weil seine Leute dies nicht begriffen. Man muss auch bei der Sozialpolitik effizient sein, und vor allem muss man bereit sein, die bekannten Schemen und alteingeführten Systeme umzukrämpeln. Paradoxerweise darf man bei der Sozialpolitik nicht konservativ sein.